

GSV fordert Abschaffung der Luftverkehrsabgabe

Ticketsteuer beeinträchtigt Wirtschafts- und Tourismusstandort Österreich

Die GSV begrüßt die Überlegungen von Bundesminister Leichtfried, die Luftverkehrsabgabe zu senken, um im Gegenzug Investitionen in Österreich auszulösen. Derzeit müssen Passagiere, die einen österreichischen Flughafen nutzen, je nach Länge der Strecke 7 bis 35 Euro als Flugabgabe entrichten, mit Ausnahme von Transit- und Transferpassagieren.

Die jetzige Flugabgabe („Ticketsteuer“) beeinträchtigt sowohl den Wirtschafts- als auch den Tourismusstandort Österreich und ist auch fiskalpolitisch kontraproduktiv. Eine Studie der Oxford Economics aus dem Jahr 2012 geht davon aus, dass eine Abschaffung der Flugabgabe viele positive Auswirkungen hätte: Einen Passagierzuwachs von 1,1 Mio. Passagieren pro Jahr, ein dementsprechender BIP-Beitrag von 229 Mio. Euro und 3.360 zusätzliche Arbeitsplätze. Insgesamt würde die Abschaffung der Flugabgabe laut Studie zu zusätzlichen indirekten Steuereinnahmen von 6,5 Mio. führen, unter dem Strich dem Finanzminister damit sogar Mehreinnahmen bringen. Auch der behauptete ökologische Lenkungseffekt ist mehr als fraglich: Nicht jedes Land erhebt eine Ticketsteuer, womit preissensible Kunden auf andere Hubs wie z.B. Bratislava oder Zürich ausweichen.

Die Abschaffung der Ticketsteuer scheint umso mehr gerechtfertigt, als sich die Luftverkehrswirtschaft selbst finanziert: Sämtliche Kosten wie die Bereitstellung und Instandhaltung der Infrastruktur, Lärmschutzmaßnahmen oder Sicherheitsleistungen – die eigentlich eine hoheitliche Aufgabe darstellen – sind gebührenfinanziert.

Im Zuge der Steuerreform 2016 wurde die Lage für die Luftfahrtbranche weiter verschärft: Die Umsatzsteuer für Inlandsflüge wurde von 10% auf 13% angehoben, obwohl der Personenverkehr in Österreich generell einem Steuersatz von 10% unterliegt.

Mario Rohracher, Generalsekretär der GSV, betont, dass die Abschaffung der Ticketsteuer, von der GSV seit längerem gefordert, ein positives Signal für den Reformwillen der Regierung im Sinne des Standortes Österreich bedeuten würde.

Rückfragehinweis:

Dipl.-Ing. Mario Rohracher

Generalsekretär

GSV – Die Plattform für Mobilität

Mobil: 0660 613 1200

mario.rohracher@gsv.co.at